

Zu II-2559 der Beilagen zu den Stenographischen Protokollen
des Nationalrates XV. Gesetzgebungsperiode

REPUBLIK ÖSTERREICH
BUNDESMINISTERIUM
FÜR SOZIALE VERWALTUNG

1010 Wien, den6..... Juli
Stubenring 1
Telephon 75 00

19 81

Zl. 21.891/86-3/1981

Zu 1156 JAB

1981 -07- 14

zu 1177j

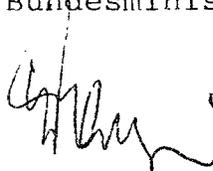
Nachtrag zur Beantwortung

der Anfrage der Abgeordneten Dr. Schranz und
Genossen an den Bundesminister für soziale
Verwaltung betreffend korrekte Werbung der
privaten Krankenversicherungsgesellschaften
(Nr. 1177/J).

Im Nachhang zur Beantwortung der an mich gerichteten parlamentarischen Anfrage, betreffend die Werbung privater Versicherungsunternehmungen für den Abschluß von Krankenversicherungsverträgen im Zusammenhang mit einem Auslandsaufenthalt des Versicherungsnehmers, beehre ich mich mitzuteilen, daß das Bundesministerium für soziale Verwaltung an den Verband der Versicherungsunternehmungen Österreichs mit dem Ersuchen herangetreten ist, seinen Einfluß auf die in Betracht kommenden Verbandsmitglieder dahingehend geltend zu machen, daß diese im Zuge der Anbahnung von Verträgen über Krankenversicherungen für Auslandsreisende, insbesondere im Rahmen der diesbezüglichen Werbung, ihre Kunden auch auf den Bestand zwischenstaatlicher Vereinbarungen über den öffentlich-rechtlichen Versicherungsschutz und die Möglichkeit zur Einholung näherer Auskünfte bei dem für sie zuständigen Krankenversicherungsträger aufmerksam machen.

Ich erlaube mir, zur näheren Information eine Kopie des an den Verband der Versicherungsunternehmungen Österreichs gerichteten Schreibens unter Anschluß der darin erwähnten Beilage beizuschließen.

Der Bundesminister:



REPUBLIK ÖSTERREICH
BUNDESMINISTERIUM
FÜR SOZIALE VERWALTUNG

1010 Wien, den 6. Juli 1981

Stubenring 1
Telephon ~~575055~~ 7500

Auskünfte: Andres
Klappe: 6386 DW

Zl. 21.891/86-3/81

An den

Verband der Versicherungs-
unternehmungen Österreichs

Schwarzenbergplatz 7
1030 W i e n

Betrifft: Parlamentarische Anfrage der
Abgeordneten Dr. Schranz und
Genossen, betreffend korrekte
Werbung der privaten Krankenver-
sicherungsgesellschaften (Nr.1177/J);
Nachtrag zur Anfragebeantwortung.

Eine Reihe der dem Verband der Versicherungsunternehmungen Österreichs angehörenden Mitgliedsunternehmungen bietet im Rahmen ihres Leistungskataloges unter anderem den Abschluß privater Krankenversicherungen für Auslandsreisen an. Zielgruppe der Werbung für diese Versicherungssparte sind offenbar in erster Linie österreichische Staatsbürger, die ihren Urlaub im Ausland verbringen oder sich aus sonstigen Gründen kurzfristig in das Ausland begeben.

Es ist den in Rede stehenden Versicherungsunternehmungen zweifellos bekannt, daß die Republik Österreich mit einer Reihe von Staaten Abkommen über Soziale Sicherheit abgeschlossen hat, die jenen Personen, die in Österreich unter dem Schutz der gesetzlichen Krankenversicherung stehen, diesen Schutz auch in den betreffenden Vertragsstaaten gewährleisten, wenn vor Antritt der Auslandsreise vom Dienstgeber des Versicherten oder vom zuständigen Krankenversicherungsträger ein zwischenstaatlicher

- 2 -

Betreuungsschein ausgestellt wurde. In diesem Zusammenhang darf zur näheren Information auf die beigeschlossene tabellarische Übersicht hingewiesen werden.

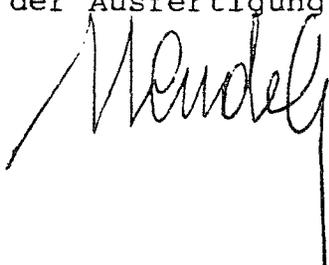
Das Bundesministerium für soziale Verwaltung erkennt keinesfalls, welche Bedeutung dem Abschluß einer privaten Krankenversicherung für Auslandsreisende insbesondere in jenen Fällen zukommen kann, in denen das Krankheitsrisiko nicht schon durch öffentlich-rechtliche Vorschriften gedeckt ist. Im Hinblick auf die im vorigen erwähnten zwischenstaatlichen Abkommen ist das Bundesministerium für soziale Verwaltung aber der Meinung, daß es ebenso im Interesse der Kunden der Versicherungsunternehmungen wie im Interesse dieser Unternehmungen selbst liegen müßte, im Rahmen der Werbung für private Krankenversicherungen für Auslandsreisen auch auf den auf öffentlich-rechtlichen Vorschriften beruhenden Versicherungsschutz in den Vertragsstaaten hinzuweisen.

Das Bundesministerium für soziale Verwaltung ersucht daher den Verband der Versicherungsunternehmungen Österreichs, seinen Einfluß auf die in Betracht kommenden Verbandsmitglieder dahingehend geltend zu machen, daß diese im Zuge der Anbahnung von Verträgen über Krankenversicherungen für Auslandsreisende, insbesondere im Rahmen der diesbezüglichen Werbung, ihre Kunden auch auf den Bestand zwischenstaatlicher Vereinbarungen über den öffentlich-rechtlichen Versicherungsschutz und die Möglichkeit zur Einholung näherer Auskünfte bei dem für sie zuständigen Krankenversicherungsträger aufmerksam machen.

Für den Bundesminister:

F ü r b ö c k

Für die Richtigkeit
der Ausfertigung:



Zwischenstaatliche Abkommen über Soziale Sicherheit

A. Bilaterale Abkommen

Staat	Unterzeichnung	BGBI.Nr.	Inkraft-treten	ASVG	GSVG	BSVG	B-KUVG	AlV	FB
Italien	30.12.1950	52/55	1. 2.1955	ja	-	-	nur KV	ja	-
Jugoslawien	19.11.1965	289/66	1. 1.1967	ja	-	-	nur KV	ja	ja
	ZA 19. 3.1979	81/80	1. 1.1978						
Schweiz	15.11.1967	4/69	1. 1.1969	UV, PV	nur PV	nur PV	nur UV	ja ¹⁾	ja
	1.ZA 17. 5.1973	341/74	1. 7.1974						
	2.ZA 30.11.1977	448/79	1.12.1979						
Liechtenstein	26. 9.1968	72/69	1. 3.1969	nur PV	nur PV	nur PV	-	-	ja
	ZA 16. 5.1977	39/78	1. 1.1978						
Türkei	12.10.1966	337/69	1.10.1969	ja	ja	ja	ja	-	ja
	1.ZA 6. 8.1974	621/76	1.12.1976						
	2.ZA 30.11.1979	348/80	1. 7.1978						
BR Deutschland	22.12.1966	382/69	1.11.1969	ja	ja	ja	ja	ja ²⁾	ja
	1.ZA 10.4.1969	-"-	-"-						
	2.ZA 29. 3.1974	280/75	1. 6.1975						
	3.ZA 29. 8.1980	-	-						
Spanien	23.10.1969	358/70	1.12.1970	ja	ja	ja	ja	ja	ja
	ZA 14.11.1979	-	-						
Großbritannien	18. 6.1971	346/72	1.10.1972	ja	ja	ja	ja	ja	ja
	ZA 16. 9.1975	133/77	1. 2.1977						
Frankreich	28. 5.1971	383/72	1.11.1972	ja	-	-	-	-	ja
	ZA 9. 6.1980	-	-						

Staat	Unterzeichnung	BGBI.Nr.	Inkraft-treten	ASVG	GSVG	BSVG	B-KUVG	AlV	FB
Luxemburg	21.12.1971	73/74	1. 1.1974	ja	ja	ja	ja	ja	ja
	1.ZA 16. 5.1973	-"-	-"-						
	2.ZA 9.10.1978	349/80	1. 9.1980						
Niederlande	7. 3.1974	754/74	1. 1.1975	ja	ja	ja	ja	ja	ja
	ZA 5.11.1980	-	-						
Israel	28.11.1973	6/75	1. 1.1975	ja ³⁾	ja ³⁾	ja ³⁾	ja ³⁾	ja	ja
Schweden	11.11.1975	587/76	1.11.1976	ja	ja	ja	ja	ja	ja
Belgien	4. 4.1977	612/78	1.12.1978	ja	ja	ja	ja	ja	ja
Griechenland ⁴⁾	14.12.1979	-	-	ja	ja	ja	ja	ja	ja
Philippinen	1.12.1980	-	-	UV,PV	nur PV	nur PV	nur UV	-	-

Multilaterale Abkommen

Staat	Unterzeichnung	BGBI.Nr.	Inkraft-treten	ASVG	GSVG	BSVG	B-KUVG	AlV	FB
Europ. Abkommen ⁵⁾	14.12.1972	428/77	1. 3.1977	ja ⁶⁾					
Viers.Übereinkommen (Ö-BRD-CH-FL)	9.12.1977	464/80	1.11.1980	nur PV	nur PV	nur PV	-	-	-

C. Sonderabkommen

Organisation	Unterzeichnung	BGBI.Nr.	Inkraft-treten
UNIDO	15.12.1970	424/71	1. 1.1972
CERN	1. 6.1973	217/74	3. 5.1974
IAEO	7. 8.1973	330/74	1. 7.1974
Hochkommissär	6. 8.1976	355/77	7. 8.1977

Abkürzungen

AlV	Arbeitslosenversicherung
FB	Familienbeihilfen
ZA	Zusatzabkommen

Anmerkungen

- 1.) gesondertes Abkommen vom 14.12.1978, BGBI.Nr.515/1979
- 2.) gesondertes Abkommen vom 19.7.1978, BGBI.Nr.392/1979
- 3.) in der KV nur hinsichtlich der Leistungen bei Mutterschaft
- 4.) noch nicht in Kraft getreten
- 5.) derzeit wirksam im Verhältnis zu Luxemburg, den Niederlanden und der Türkei
- 6.) für KV, AlV und FB nur hinsichtlich der Zusammenrechnung der Versicherungszeiten